

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 20

Artikel: 1917-1987
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094048>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz rekapituliert hier die Sowjetgeschichte von der «Grossen Oktoberrevolution» bis zur Perestrojka

1917–1987

Hier stellen wir das Werden des Sowjetsystems in seinen 70 bisherigen Jahren dar. Hat die Epoche seines Vergehens begonnen? Das ist die Frage, die sich zu diesem Zeitpunkt stellt.

Lenin

Vater der Grossen Oktoberrevolution und des Sowjetsystems ist Lenin, geboren 1870 als Wladimir Ilitsch Uljanow. Er ist die erste und letzte Tabugestalt der Sowjetgeschichte. Während andere Führer nach ihrem Tod oder Sturz von ihren Nachfolgern herabgewürdigt wurden (zur beliebigen Bewertung freigegeben wurden sie allerdings nie), ist Lenin über jede Kritik erhaben geblieben. Oder wenigstens über jede direkte Kritik, wie man in der Ära der Perestrojka sagen darf.

Lenin war der Sohn eines kleinadeligen Schulinspektors in der tatarischen Stadt Kasan. Sein Vater war wohlhabend, seine Mutter war reich. Lenin hat also sein proletarisches Bewusstsein (vorausgesetzt, er hatte es tatsächlich) nicht gemäss dem marxistisch-leninistischen Grundsatz «das Sein bestimmt das Bewusstsein» erworben (vorausgesetzt, die Eigentumsverhältnisse bilden tatsächlich das Sein, was eine komische Annahme bleibt, auch wenn sie von Milliarden geglaubt wird). Nach seiner eigenen Lehre hätte er jedenfalls ein kapitalistisches Bewusstsein haben müssen.

Wichtiger für seine mentale Ausrichtung war vielleicht das Schicksal seines älteren Bruders. Dieser hatte als Mitglied der Narodniki-Bewegung (die wiederum adlige und grossbürgerliche junge Leute umfasste) 1884 am misslungenen Attentat auf Alexander III. teilgenommen und war hingerichtet worden.

Nach Jurastudien in Petersburg wurde Uljanow (Lenin nannte er sich ab Ende 1901) Rechtsanwalt, beschäftigte sich aber praktisch ausschliesslich damit, eine illegale Arbeiterbewegung zu organisieren. Deshalb wurde er 1897 von den zaristischen Behörden für drei Jahre

nach Sibirien geschickt. Dort verfügte er übrigens über ein Haus mit Dienstmädchen und konnte mit seinem Gewehr auf die Jagd gehen.

Notgedrungen in seiner Abwesenheit fand in Petersburg 1898 der Gründungskongress der von ihm aufgezogenen Russländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP) statt.

Zum Ausdruck «russländisch»: im Unterschied zum ethnisch gemeinten Wort «russisch» bezieht er sich auf das staatliche Territorium des damaligen Russlands und auf dessen sämtliche Bewohner, ob Russen oder Nichtrussen. Ein diesbezüglich analoger Unterschied besteht heute zwischen «russisch» und «sowjetisch».

Nach Ablauf seiner Verbannung emigrierte Lenin bald nach Westeuropa. Dort gestaltete er seine Bewegung weiter aus, deren Zeitungen und Traktate er nach Russland schickte.

Auf dem 2. RSDAP-Kongress von 1903 in London kam es unter Lenin zur Zweiteilung der Partei in die beiden Flügel der Menschewiki (= Minderheitler) und der Bolschewiki (= Mehrheitler). Die Menschewiken wollten den Kapitalismus evolutionär überwinden, die Bolschewiken (mit Lenin) wollten ihn revolutionär zerstören. Aus ihrem Flügel entstand die nachmalige Kommunistische Partei der Sowjetunion, die KPdSU, die demzufolge 1903 als ihr Geburtsjahr betrachtet.

Zwei Jahre später kehrte sich das Zahlenverhältnis zwischen den beiden Parteiflügeln; die Bezeichnung indes wurde beibehalten.

1905/1906 fand in Russland die sogenannte bürgerlich-demokratische Revolution statt. Lenin im Ausland befürwortete ihre Umwandlung in eine sozialistische Revolution entsprechend seiner These (Überführung der Produktionsgüter in das Eigentum der Arbeiterklasse,

vertreten durch ihre Avantgarde, das heisst durch die von Lenin dazugeschaffene Partei).

Geldsammlungen zugunsten seiner Bewegung organisierte damals in Deutschland die Philosophin Rosa Luxemburg («Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden»), die später der bolschewistischen Linie opponierte. Damit konnte Lenin seine propagandistische Tätigkeit ausweiten, und am 12. Mai 1912 gründete er die «Prawda» als Zentralorgan der bolschewistischen RSDAP-Fraktion. (Das Da-



Lenin.



Die (einzige) Aufnahme vom Sturm auf das Winterpalais in Petrograd.

tum vom 12. Mai wird in der UdSSR als «Tag der Presse» begangen.)

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 wurde Lenin zunächst in Österreich als Bürger eines feindlichen Landes interniert und gelangte dann dank der Hilfe von SP-Nationalrat Robert Grimm am 1. 9. 1914 in die Schweiz, erst nach Bern und dann (ab 1916) nach Zürich. Etwas finanzielle Unterstützung erhielt er als Zarengegner von der deutschen Botschaft (die privaten Spenden aus Deutschland waren wegen des Krieges versiegt), und er konnte in der sozialdemokratischen Presse der Schweiz einige Artikel veröffentlichen.

Im Sommer 1915 gehörte Lenin zu den Organisatoren der internationalen sozialistisch-sozialdemokratischen Konferenz in Zimmerwald (BE). Dort konnte er seine Linie so wenig durchsetzen wie dann 1916 an der Konferenz von Kiental, aber die aus acht Personen bestehende «Zimmerwalder Linke», die für seine Idee einstand, den Weltkrieg in die Weltrevolution umzuwandeln, sollte 1919 bei der 1. Konferenz der Kommunistischen Internationalen (Komintern) eine bedeutende Rolle spielen.

Als in Russland die Februarrevolution ausbrach und der Zar am 12. 3. 1917 abdankte, kehrte Lenin in Begleitung seines schweizerischen Genossen Fritz Platten (der später unter Stalin verhaftet und liquidiert wurde) in seine Heimat zurück. Unterwegs in Berlin nahm er weitere deutsche Zuwendungen entgegen, denn die Zentralmächte waren an einer Revolution im Feindesland interessiert. Am 16. 4. 1917 traf er mit weiteren bolschewistischen Kampfgefährten aus der Emigration in Petrograd ein, wie Petersburg nunmehr hiess. Zusammen mit andern Parteien war nun auch die RSDAP legalisiert.

Die bolschewistische RSDAP-Fraktion in Russland stand zu diesem Zeitpunkt unter der Leitung von Stalin (geboren 1879 als Josif Wissarionowitsch Dschugaschwili). Sie war in den Führungsgremien bereits als eigene Partei organisiert; die vollständige Trennung von den später liquidierten Menschewiki erfolgte im Juli 1917.

Lenin, als informeller Führer der Bolschewiken bereits anerkannt, übernahm nach seiner Ankunft sogleich die Fraktion und kehrte ihren Kurs, den Stalin auf einstweilige Zusammenarbeit mit der Regierung Kerenski angelegt hatte, auf Konfrontation um. Dank seiner Mittel gründete er in kürzester Zeit etwa 50 Zeitungen. Sie waren in erster Linie nicht für die Arbeiter, sondern für die Soldaten bestimmt, die meutern sollten (was auch dem Wunsch der deutschen Geldgeber entsprach). Ferner stellte er aus Jungintellektuellen und Jungarbeitern paramilitärische Revolutionseinheiten auf, die bewaffneten Roten Garden. Diese waren demokratisch organisiert und wählten – wie es heute die Mujahedin in Afghanistan tun – ihre Kommandanten selber. Sie mussten dann nach der Gründung der Roten Armee 1918 aufgelöst und im Widerstandsfall hingerichtet werden, weil das Interesse der Revolution die Wiedereinführung der hierarchischen Disziplin in den Streitkräften erforderte.

Lenins (später sprichwörtlich gewordene) Losung lautete damals «Alle Macht den Räten» (den Sowjets). Das bezog sich in der Praxis wiederum besonders auf die Soldatenräte und Soldatenkomitees, die im Zuge eines revolutionären Aufbruchs damals überall in der Armee entstanden.

Indessen wurden die beiden ersten Sowjetkongresse im Mai/Juni 1917 für Lenin und seine Bolschewiken zur Enttäuschung. Zum ersten

Kongress der Bauernsowjets wurden keine Bolschewiken gewählt. Die Delegierten kamen fast alle von der Konkurrenz der (später liquidierten) Sozialrevolutionäre; Lenin sprach als Gastreferent einer quasi als Sekte eingestuften Minderheit der Revolutionäre. Beim Kongress der Arbeiter- und Soldatensowjets wiederum, der als linker Flügel der Revolution verstanden wurde, gab es unter den 1090 gewählten Delegierten ganze 105 Bolschewiken; von diesen kamen fast alle aus den Streitkräften.

So minderheitlich waren damals unter den revolutionären Kräften die «Mehrheitler». Hätte die Macht der Räte tatsächlich etwas gegolten, wären die Bolschewiken zu der Zeit in der Versenkung verschwunden. Lenin verhinderte das, indem er – seine grosse Fähigkeit – die Initiative behielt. Vorerst scheiterte seine «Julirevolution», und er musste nach Finnland flüchten, aber von dort aus organisierte er den nächsten Schlag, jenen Schlag, den die Geschichte als Erfolg sanktionieren sollte: die «Oktoberrevolution».

Die Vorbereitungen an Ort wurden von Stalin und Trotzki (Leo Bronstein) getroffen, aber es war Lenin, der die Instruktionen gab und von nun an bis zu seinem Tod die Ereignisse bestimmte. Zum Revolutionstag bestimmte er den 25. Oktober (den 7. November nach dem heutigen Kalender), und zwar deshalb, weil auf den nächstfolgenden Tag der Zweite Sowjetkongress einberufen war, den er vor frisch vollendete Tatsachen stellen wollte.

Bei der «Revolution» selbst handelte es sich im technischen Sinn um einen Staatsstreich, um einen militärischen Putsch, dem übrigens kein grosser Widerstand entgegengebracht wurde. Instrumental wichtig waren beim Sturm auf das Winterpalais in Petrograd die Matrosen des seither berühmten Panzerschiffes «Aurora»; sie gehörten selber aber nicht zur Leninschen Partei, sondern zu den Anarchisten, die 1921 als Erzfeinde der Bolschewiken hingerichtet wurden. Am 25. Oktober (7. November) 1917 indessen betätigten sie sich erfolgreich als Sturmböcke, ohne zu wissen, dass ihnen der Weg zur Schlachtbank vorbestimmt war.

Der II. Sowjetkongress (der Arbeiter- und Soldatenräte) fand statt. Lenin trat auf, verkündete die siegreiche Revolution und im gleichen Atemzug seine eigene Machtübernahme. Da verliess die Mehrheit der Delegierten den Saal. Sie gingen davon aus, dass gemäss Beschluss des 1. Kongresses die Versammlung damit beschlussunfähig wurde. Zurück blieben die Bolschewiken und ein Teil der Sozialrevolutionäre. Sie verschwendeten keinen Gedanken an ihre Beschlussunfähigkeit und wählten die «erste Regierung der Volksmacht», den Volkskommissarenrat unter Lenins Führung.

Anschliessend kam es unter der neuen Ordnung zur ersten und letzten Volkswahl mit Alternativmöglichkeiten; ihr Ergebnis wurde von den Bolschewiken nicht akzeptiert.

Lenin hatte zuvor mehrmals öffentlich die Abhaltung einer gewählten verfassunggebenden Versammlung versprochen, und die bei der



Felix Dscherschinski, der erste SD-Chef.

Regierungsbildung überspielten revolutionären Kräfte drängten darauf. So musste er sein Wort halten. Die Bolschewiken verhängten Wahlrechtsbeschränkungen über ihre erkannten Feinde und hatten praktisch das Monopol der Propaganda. Trotzdem bescherten ihnen die Wähler eine vernichtende Abfuhr. Die Bolschewiken erhielten nur gerade ein Viertel der abgegebenen Stimmen.

Dementsprechend weigerte sich die frischgewählte Konstituante am 5. Januar 1918, Lenins «Revolution» anzuerkennen. Da liess er die Versammlung mit Gewalt auseinanderjagen. So setzten sich die Bolschewiken durch, und rechtens sollte eigentlich der 5. Januar als Gedenktag ihrer Revolution begangen werden. Es war ihr Sieg über die Wähler.

47 Jahre später erklärte der portugiesische KP-Chef Alvaro Cunhal, die Kommunisten hätten nicht die «quantitative Mehrheit» des Volkes zu berücksichtigen, sondern die qualitative Mehrheit. In dieser Formel ist der Schlüssel zum kommunistischen Demokratieverständnis im Leninschen Sinn enthalten.

Bürgerkrieg und Terror

Zu den ersten Schritten Lenins nach der «Revolution» gehörte der Friedensvertrag mit Deutschland, unterzeichnet von Trotzki, dem direkten Initiator der im März 1918 gegründeten Roten Armee. Sie sollte sich als wichtiges Instrument zur Bewahrung der neuen Macht erweisen.

Einige Tage nach dem Oktoberputsch verbot Lenin die bürgerlichen Zeitungen und beseitigte die Pressefreiheit, für die er sich zuvor ent-

schieden eingesetzt hatte. 1902: «Wir fordern die sofortige, bedingungslose, gesetzliche Anerkennung der Versammlungs- und Pressefreiheit und die Amnestie für alle politischen Verbrecher und Sektierer. Solange das nicht geschehen ist, bleiben alle Worte von Duldsamkeit und von Glaubensfreiheit ein erbärmliches Spiel und eine unwürdige Lüge. Solange die Rede- und Pressefreiheit nicht verkündet wird, wird das schmachvolle russische Ketzengericht nicht verschwinden. (...) Weg mit der Zensur!»

Nach der Machtergreifung erklärte aber derselbe Lenin: «Es ist eine Tatsache, dass die Pressefreiheit die Macht der Weltbourgeoisie unterstützt und in deren Hand zur Waffe wird.» Noch unverblümter äusserte sich Stalin: «Bei uns gibt es keine Pressefreiheit für die Bourgeoisie. (...) Wir haben uns niemals verpflichtet, allen Klassen die Pressefreiheit zu gewähren.»

Indes galt das Verbot der öffentlichen Meinungsäusserung bald genug nicht nur für den Klassenfeind, sondern auch für den konkurrierenden Klassenfreund. In den ersten Monaten nach der «Revolution» durften die linken Sozialrevolutionäre noch ihre Presseorgane herausgeben. Da aber das 1918 gebildete Presstribunal sich weigerte, Partei für die bolschewistische Presse zu ergreifen, wurde es im Frühjahr 1918 aufgelöst, und danach folgte das Verbot der sozialrevolutionären Presse.

Dem Pressedekret folgte am 2. (nach neuem Kalender 15.) November die «Deklaration der Rechte der Völker Russlands», welche das Selbstbestimmungsrecht einschliesslich des Sezessionsrechtes verkündete. Das Versprechen wurde bei erster Gelegenheit gebrochen, was den Bürgerkrieg 1918 bis 1921 zur Folge hatte.

Eine der wichtigsten Massnahmen des neuen Regimes war am 7. 12. 1917 die Gründung des Sicherheitsdienstes, der *Tscheka*.

Die «Allrussische Ausserordentliche Kommission (WTschK)» beim Volkskommissarenrat (= Regierung) zur Bekämpfung von Sabotage, Wucher und Konterrevolution nahm ihre ersten Bestände aus den schon existierenden «Militärrevolutionären Komitees» bei der Armee. Der erste Präsident des neuen Terrororgans kam aus ostpolnischen Gebieten: Felix Dscherschinski (polnische Schreibweise: Dzierzynski), ein Adliger.

Zunächst sollte die Tscheka nur Ermittlungsorgan für die Revolutionsgerichte sein, aber in ihrer Erklärung «Das sozialistische Vaterland in Gefahr» vom 21. 2. 1918 gab sie sich selbst die Vollmacht zur sofortigen Hinrichtung aufgedeckter Konterrevolutionäre an Ort und Stelle. Das Staatspräsidium («Allrussisches Zentrales Exekutivkomitee») bestätigte das am 2. 9. 1918. Begründet wurde das mit der Notwendigkeit, dem «weissen Terror» durch den «roten Terror» zu begegnen, nachdem es am 30. 8. 1918 zu einem Attentatsversuch auf Lenin gekommen war. Die Tscheka doppelte ihrerseits am 17. 9. 1918 durch eine Instruktion nach, die ihre Organe zum Töten ohne Rücksichtnahme auf Justizorgane ermächtigte. Sie bediente sich in der Folge unter anderem der Massenerschiessung von Geiseln, um vor Widerstandskaktionen abzuschrecken.

Der eigentliche Bürgerkrieg brach 1918 aus. Der Grund dafür war der, dass mehrere Völker die sie betreffende bolschewistische Deklaration zum Sezessionsrecht wörtlich nahmen und eigene Nationalstaaten ausriefen: Ukraine, Weissrussland, baltische Staaten, Transkaukasus-Staaten, Polen und Finnland. An diese Konsequenz hatte Lenin nicht gedacht und ging nunmehr daran, die territoriale Integrität des zaristischen Russlands wiederherzustellen.



Truppenparade auf dem Roten Platz 1918.

Lenins Vorgehen war jeweils folgendes: Russland anerkannte auf staatlicher Ebene die neuen Nationalstaaten und nahm mit deren Regierungen formelle Kontakte auf. Gleichzeitig bildete Moskau für die neuen Territorien kommunistische Parteien, die ihrerseits nicht unabhängig waren, sondern im Rahmen der Russländischen Kommunistischen Partei/Bolschewiken wirkten. Diese Parteien oder vielmehr Parteisektionen verkündeten in ihren Ländern die Revolution gegen die bürgerlichen Regierungen und riefen die Rote Armee Russlands zu Hilfe. Diese marschierte programmgemäss ein, um dem jeweiligen «Volk» (das durch eine winzige Minderheit von Parteimitgliedern markiert wurde) zu Hilfe zu eilen.

Die Ukrainische Nationale Republik (UNR) war schon am 29. Oktober (11. November) 1917 ausgerufen worden, unmittelbar vor der völkerbezüglichen Deklaration Moskaus. Lenin anerkannte (nach einem ersten erfolglosen Putschversuch) die UNR, sorgte aber im Dezember für die Ausrufung einer konkurrierenden Ukrainischen Sozialistischen Republik (USR), die er dann unterstützte. In Weissrussland marschierten die russischen Truppen im Dezember 1917 ein und schlugen dann den nationalen Widerstand nieder.

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk mit Deutschland (3. 3. 1918) mussten die Sowjettruppen die eroberten Gebiete verlassen, griffen aber später wieder an.

In Aserbeidschan besiegte die Rote Armee die nationale Regierung im April 1920. Im Dezember 1920 wurde Armenien unterworfen, im März 1921 auch Georgien, immer auf «Hilferufe».

Die Methode versagte gegenüber den baltischen Staaten, Polen, Finnland und der Moldau. Dafür eroberte die Rote Armee zwei bisher unabhängige zentralasiatische Emirate, Buchara und Chiwa (Choresm).

Für den Krieg brauchte Sowjetrussland eine disziplinierte Armee; im Stil der Roten Garden hätte er sich unmöglich führen lassen. Durch ein Regierungsdekret «Über die Rote Armee der Arbeiter und Bauern», veröffentlicht am 23. 2. 1918, wurde das neue Instrument geschaffen (der 23. Februar wird seither als Tag der Streitkräfte begangen).

Lenin kam von seiner ursprünglichen Idee einer Freiwilligenarmee bald ab, und die erste Sowjetverfassung vom 10. 7. 1918 führte in Artikel 19 die allgemeine Wehrpflicht als «Ehrenrecht der Werktätigen» ein. So entstand das grösste stehende Heer der Erde mit der längsten Wehrdienstzeit.

In jenen Jahren herrschte der sogenannte *Kriegskommunismus*, verbunden mit Tschekaterror. Gegen Klassenfeinde und Konterrevolutionäre war im Namen der «revolutionären Gesetzlichkeit» alles erlaubt. Zahlreiche Konfiskationen setzte man mit Foltermethoden durch. Im Kampf um das Agrarprogramm forderten die Bolschewiki die «Nationalisierung» des Bodens, die Sozialrevolutionäre hingegen

dessen «Sozialisierung». Sie konnten bis zu ihrer Liquidierung tatsächlich etliche Kompromisse erzwingen, weil sie bei den Bauern erhebliche Sympathien genossen.

Am 29. 5. 1918 wurde als Regierungsinstitution ein Oberstes Gericht ins Leben gerufen. Es hielt die Revolutionstribunale und dann auch die durch Dekret vom 14. 11. 1919 gegründeten «Gesellschaftsgerichte» zur revolutionären Justiz an.

Ein Credo des Kriegskommunismus war die zentrale Kontrolle über die Wirtschaft; der freie Markt wurde ebenso abgelehnt wie der Geldaustausch. Man verteilte Güter und Dienstleistungen ebenso kostenlos wie man gewaltsam Lebensmittel requirierte. Man suchte alles Verwertbare zu «vergesellschaften». Auf dem Lande entstanden die *Kommunen*, deren Mitglieder bis auf persönliche Bekleidungsstücke und dergleichen keinen Privatbesitz haben durften. Die Losung lautete: Das Land versorgt die Stadt mit Lebensmitteln, und die Stadt versorgt das Land mit Industriegütern. Nur klappte das weder in der einen noch in der andern Richtung. Städter flüchteten vor Hunger aufs Land, wo aber die Bauern mangels Anreiz wenig produzierten, und die Misere war allgemein.

NEP und Kollektivierung

Nach dem Bürgerkrieg war das Land verwüstet, und um der Hungersnot zu begegnen, leitete Lenin eine Liberalisierung ein. So entstand Ende 1921 die Neue Ökonomische Politik, die heute wieder vielzitierte NEP-Periode.

Die gewaltsame Nahrungsmittelbeschaffung hörte auf; erst traten Naturalabgaben anstelle von Beschlagnahmungen, und 1923 ging man dann von den Naturalsteuern auf Geldsteuern über. Den Bauern übergab man den verstaatlichten Boden zur privaten Nutzung; sie durften sogar einige Lohnarbeiter einstellen. Das freilich dauerte nicht lange.

1925 beschloss die Parteiführung die sogenannte *sozialistische Industrialisierung*, das heisst den Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüter- und Leichtindustrie. Dazu brauchte es Arbeiter. Sie waren als führende Klasse anerkannt, fehlten aber konkret. Deshalb erhielten die territorialen Verwaltungseinheiten den Auftrag, jedes Jahr ein Plansoll an Arbeitern in die Stadt zu schicken, was eine Zwangsrekrutierung unter den Bauern bedeutete.

Die Mittel zur Industrialisierung gedachte man sich wiederum vom Land zu holen, wo inzwischen die Bauern wieder zu Wohlstand gekommen waren. Im Dezember 1927 beschloss der 15. Parteikongress die *freiwillige Kollektivierung*, ein gelogenes Konzept, das die Zusammenlegung der kleinen Wirtschaften in grosse Kooperativen (Kolchosen) vorsah. Beschlossen wurde gleichzeitig die Liquidierung der Grossbauern, der *Kulaken* als «Klasse», und daraus resultierte ein Massenmord an Bauern.

Die Kulaken wurden nicht nur als Klasse, sondern auch als Menschen liquidiert. Die eingeschüchterten Mittel- und Kleinbauern galten in diesem «Kampf» als Verbündete, aber danach erklärte man sie, wenn sie nicht rasch genug den Genossenschaften beitraten, selber zu



Arbeitskräfte vom Land kommen 1926 nach Moskau.

Kulaken und brachte sie um. So kam die Freiwilligkeit zustande. Im Juli 1927 gab es 14 800 Kollektivwirtschaften mit 194 700 kollektivierten Bauernhöfen. Die entsprechenden Zahlen für Oktober 1929 lauteten 67 000 und 1 919 400!

Später sollte Andrej Sacharow dazu schreiben: «Nicht weniger als 10 bis 15 Millionen Sowjetmenschen sind bei Folterungen und Hinrichtungen des NKWD (wie der Sicherheitsdienst, das heutige KGB, nunmehr hiess) umgekommen, (...) in Lagern, welche die Vorbilder für die faschistischen Todeslager waren.»

Heute kommt das Thema des damaligen Bauernmordes dank der Glasnost (Offenheit) in der Sowjetpresse wenigstens ansatzweise zur Sprache. Das ist mehr als bisher je ermöglicht wurde, aber die offizielle Geschichtsschreibung ist noch nicht so weit. Die Opfer der innerparteilichen Säuberungen von 1935 bis 1938 sind rehabilitiert worden, die Opfer der «Kulakenliquidierung» hingegen nicht.

Für die neugeschaffenen Industriearbeiter erliess man strenge Disziplinarregeln. Die Wahl des Arbeitsplatzes und die Möglichkeit zur Kündigung wurden abgeschafft; verspätetes Erscheinen zur Arbeit konnte im Wiederholungsfall strafrechtlich geahndet werden. Arbeitsniederlegungen wurden als Sabotage definiert und mit dem Tode bestraft. (Heute werden Kurzstreiks gegen konkrete Missstände in der Praxis geduldet, aber die Rechtslage ist unklar, und der Sabotagebegriff bleibt theoretisch anwendbar.)

1932 führte man das sogenannte «Passsystem» ein. Niemand durfte ohne «Pass» (Personal-



Abbau eines Klosters 1927.

ausweis) den Wohnort wechseln, und die Bauern erhielten einen «Pass» (der zu keiner Auslandsreise berechnete) so wenig wie die «Klassenfeinde» oder sonstige suspekten Elemente. So verhinderte man die Landflucht von Kolchosbauern oder Sowchosarbeitern (Kolchos = Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, Sowchos = Staatsgut; das sind die beiden Formen der sozialistischen Wirtschaften auf dem Lande). Die Bauern durften zwar die Produkte ihrer privat geführten Hofstellen oder Nebenwirtschaften (ursprünglich zur Selbstversorgung eingeführt) in den Städten verkaufen, brauchten aber sogar für diese kurzfristigen «Reisen» eigens eine polizeiliche Bewilligung. Ansonsten blieben sie an ihren Wohnsitz gebunden. Dieses «Passsystem» verlor seine Wirksamkeit in den sechziger Jahren und wurde 1971 endgültig abgeschafft.

Partei und Staat

Lenin starb am 21. Januar 1924. Von seinem Posten als Generalsekretär der Partei war er bereits 1922 zugunsten von Stalin zurückgetreten. Dieser verstand es, potentielle Rivalen gegeneinander auszuspielen, und eroberte sich sukzessive die alleinige Macht.

1925 bis 1927 verbündete sich Stalin mit dem sogenannten «rechten Flügel» (Bucharin und Rykow) gegen die «linke Opposition» von Sinowjew, Kamenjew und Trotzki (der 1929 emigrierte und 1940 in Mexiko umgebracht wurde). Mit den zunächst verbannten Sinowjew und Kamenjew versöhnte sich Stalin 1928 (er liess sie erst in den dreissiger Jahren hinrichten) und brachte mit ihrer Hilfe erst Bucharin und Rykow um. (Alle diese Figuren stehen heute in einer noch nicht uneingeschränkt geführten öffentlichen Geschichtsdebatte zur Diskussion.)

Der 17. Parteikongress von 1934 erklärte den Klassenkampf für beendet, beschloss aber dafür gleichzeitig die «permanente Säuberung» der Parteireihen von eingeschlichenen Klassenfeinden und Konterrevolutionären. Daraus entwickelte sich dann der *innerparteiliche Massenterror*, den die heutige sowjetische Geschichtsschreibung im Unterschied zu den noch grösseren Massenmorden an der sonstigen Bevölkerung deutlich verurteilt, aber nur undeutlich darstellt).

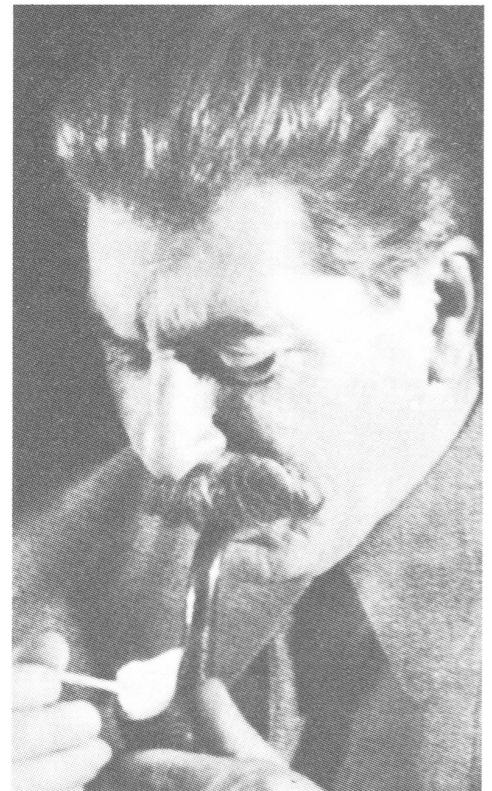
Direkter Ausgangspunkt war die Ermordung des Leningrader Parteichefs Kirow, den Stalin heimlich umbringen liess, um ihn öffentlich rächen zu können. Das Ergebnis war die berühmte «Lex Kirow» vom Dezember 1934. Der Ukas (formell erst 1958 aufgehoben) zählte eine Reihe von staatsfeindlichen Delikten auf, für die ein summarisches Verfahren vorgesehen wurde: Die Untersuchung dauert zehn Tage. Dem Verhafteten wird Einsicht in die Anklageschrift einen Tag vor der Gerichtsverhandlung gewährt, die in seiner Abwesenheit und ohne Verteidigung stattfindet. Gegen das Todesurteil gibt es keine Berufung, und Begnadigung ist ausgeschlossen.

So kam es – eine im öffentlichen Bewusstsein wenig gewürdigte Tatsache – zur grössten Kommunistenverfolgung aller Zeiten.

Auch im Säuberungsfeldzug arbeitete Stalin nach dem Prinzip «divide et impera!». Solange es um die zivilen Opfer ging, sicherte er sich die Neutralität der Militärs (u. a. durch die Wiedereinführung der 1918 abgeschafften Offiziersgrade), und danach kamen die Generäle selber dran. Das letzte prominente Opfer war Marschall Tuchatschewski, der 1921 den Aufstand der Kronstädter Matrosen gegen die Bolschewiken niedergeschlagen hatte.

Die Säuberungen nahmen 1939 ein Ende; Chruschtschow verurteilte sie 1956, und nach ihm wurden sie allmählich wieder zum Nichtthema, was sich erst unter Gorbatschow wieder zu ändern begann.

Lenin hatte am 30. 12. 1922 die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) ausrufen lassen, und aus der RKP war dementsprechend die KPdSU geworden. Stalin liess nach Lenins Tod sowohl die Partei als auch den Staat stufenweise zentralisieren. Dem entsprach seine Verfassung vom 5. 12. 1936. Direkt und ausschliesslich der Moskauer Zentrale unterstellt («absolute Zentralisierung») wurden die Gesetzgebung sowie fast die ganze Staats- und Wirtschaftsverwaltung; den Sowjetrepubliken zur autonomen Verwaltung überlassen blieben einige zweitrangige Ressorts. Ein Nebensatz im Artikel 125 der Verfassung hielt die Parteiführung im Staat fest, aber das war bloss die Legalisierung des ohnehin bestehenden Zustands.



Stalin.

Krieg und Satellitenbildung

In Deutschland war mittlerweile die nationalsozialistische Konkurrenzdictatur entstanden, und Stalin verbündete sich mit ihr.

Stalin sprach sich Anfang 1939 auf dem 17. Parteikongress gegen einen «primitiven Antifaschismus» aus (!), und am 23. August wurde in Moskau der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und dem deutschen Reich unterzeichnet; in einem zusätzlichen Geheimprotokoll vereinbarten beide Mächte ihre Interessensphären in Osteuropa auf Kosten der dazwischenliegenden Länder. Der sowjetische Außenminister Molotow nannte vor dem Obersten Sowjet am 23. August den Pakt einen «Wendepunkt in der Geschichte Europas und nicht nur Europas».

Hitler überfiel Polen am 1. September; Frankreich und Grossbritannien erklärten Deutschland am 3. September den Krieg. Am 4. September verlangte eine sowjetische Regierungsnote von den Westmächten, sie sollten ihre Kriegserklärung zurückziehen, sonst seien sie schuld am Krieg (!).

Am 17. September überfiel die Sowjetunion gemäss ihrer Vereinbarung mit Hitler ihrerseits Polen trotz eines «ewigen Friedensvertrags» (Riga, März 1921) und eines Nichtangriffspakts (1932) mit diesem Land. In den letzten Tagen des gemeinsam gegen Polen geführten



Polenfeldzug 1939. In Brest-Litowsk schloss sich die deutsch-sowjetische Zange. Der reichsdeutsche Panzergeneral Guderian und der sowjetische General Kriwoschin (rechts) nahmen gemeinsam eine Parade ab.

Krieges, am 28. September 1939, schlossen die deutsch-sowjetischen Waffenbrüder einen «Grenz- und Freundschaftsvertrag» und veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung. Dort heisst es unter anderem:

«Nachdem die Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion durch die heute unterzeichnete Vereinbarung endgültig die sich aus der Auflösung des polnischen Staates ergebenden Fragen geregelt und damit eine sichere Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie gemeinsam der Meinung Ausdruck, dass es den wahren Interessen aller Nationen entsprechen würde, den zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand zu beenden. Die beiden Regierungen werden deshalb gemeinsame Bemühungen unternehmen. (. . .) Sollten die Bemühungen der beiden Regierungen jedoch erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Kriegs verantwortlich sind.»

Anschliessend machte sich die UdSSR daran, ihre mit Hitler vereinbarten Interessensphären auszufüllen. Sie zwang den baltischen Staaten erst Beistandspakte auf und besetzte sie dann zum Beistandsbeweis (Afghanistan ist das letzte Beispiel dieser Methode). Finnland, das mit der Sowjetunion bereits einen Friedensvertrag (von 1920) und einen Nichtangriffspakt (1932) geschlossen hatte, verweigerte den Beistandspakt und wurde dafür mit einer Invasion bestraft. Moskau vermerkte die finnische Kriegslüsterheit, die sich dadurch ausdrückte, dass Helsinki einer friedlichen Besetzung seiner östlichen Landesteile durch die Sowjettruppen nicht zustimmen wollte.

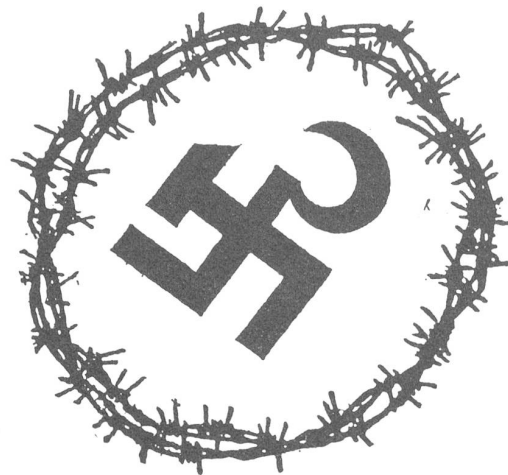
Während die baltischen Länder im Juli/August 1940 der Sowjetunion einverleibt wurden, vermochten die Finnen nach einem verzweifelten Widerstandskrieg (30. 11. 1939 bis 12. 3. 1940) die Souveränität ihres Landes zu behaupten, um den Preis einiger Gebiete freilich, die sie den Sowjets abzutreten hatten.

Im Juni 1940 besetzte die UdSSR nach einem Ultimatenkrieg die rumänischen Gebiete von Bessarabien und Nordbukowina.

Das alles geschah aufgrund des sowjetischen Vertragswerkes mit dem Reich. Hitlers übrige Verträge wurden nach dem Krieg für null und nichtig erklärt; bloss von seinen Verträgen mit Moskau war nicht die Rede, und ihre Annullierung steht noch aus.

1941 überfiel Hitlerdeutschland seinerseits die UdSSR und wurde geschlagen. Nach Kriegsende bediente sich die Sowjetunion bei den eigenen Verbündeten. Polen musste ihr im Osten 108 000 km² abtreten und durfte dafür im Westen 105 000 km² von den Deutschen nehmen. Die Tschechoslowakei ihrerseits musste die Karpathoukraine abtreten.

Die Sowjettruppen besetzten ausserdem die befreiten osteuropäischen Länder und blieben auch nach dem Friedensvertrag vom 10. 2. 1947



dort, vorerst als «Kontakttruppen» und dann aufgrund des Warschauer Paktes von 1955.

Das war der Beginn des «sozialistischen Lagers», dem ersten Schritt zur Bildung eines sozialistischen Weltsystems nach Sowjetmuster. Die Bevölkerung verhielt sich ablehnend, was ihr nichts nützte. Das Beispiel der ungarischen Wahlen von 1947: die KP erhielt trotz beträchtlicher Manipulationen zu ihren Gunsten lediglich 22 Prozent der Stimmen.

Vom sowjetischen Einfluss befreien konnte sich 1948 lediglich Jugoslawien, dessen kommunistisches Regime daraufhin vom Sowjetlager als abtrünnig behandelt wurde.

Die eigentliche Sowjetisierung Osteuropas begann nach 1948, dem «Jahr der Wende». Es brachte die formelle kommunistische Macht ergreifung, die in den Jahren zuvor zielbewusst vorbereitet worden war.

Nach Kriegsende besetzten die Kommunisten in den späteren Volksdemokratien zunächst die Innenministerien. So konnten sie mit Hilfe von Polizei und Sicherheitsdienst die gewünschten Verhaftungen und Internierungen von «Volksfeinden» durchführen. Politisch ging man in dieser Zeit schrittweise vor. Erst bildete die KP mit der SP eine Volksfront, und 1948 kam es zur entscheidenden «freiwilligen» Verschmelzung der beiden Parteien unter KP-Vorzeichen, verbunden mit Machtübernahme im Staat. Sozialdemokraten, die ihre politische Identität nicht rechtzeitig vergassen, wurden sukzessive eliminiert, zum Teil auch physisch. Die übrigen Parteien der ursprünglichen Mehrparteiensysteme wurden entweder als volksfeindlich aufgelöst oder, falls sie die Führungsrolle der KP anerkannten, als belanglose Alibigebilde ohne Eigengewicht beibehalten. Diese folkloristischen Anhängsel gibt es noch immer in der DDR, in Polen, Bulgarien und der CSSR.

Indessen konnte es den Parteigenossen noch schlechter ergehen. Von 1948 an liquidierte man eine Anzahl einheimischer Parteiführer, die Stalin als nicht genügend botmässig einstuft. Sie wurden unter beliebigen Anklagen (z. B. «Spionage») vor Gericht gestellt, verurteilt und hingerichtet. Der erste Schauprozess dieser Art fand 1948 gegen Rajk und Konsorten in Ungarn statt, der letzte gegen Slansky und Konsorten 1952 in der Tschechoslowakei.

Chruschtschow

Stalin wollte nach dem 19. Parteikongress (vom 5. bis 14. Oktober 1952) erneut eine Säuberung durchführen («Jüdische Ärzteprozesse»); er konnte aber seinen Plan nicht verwirklichen, denn am 5. März 1953 ist er gestorben. Nachher kam es in der Partei zu einem Machtkampf, dessen Opfer der Chef des Sicherheitsdienstes, Lawrentij Berija, wurde. Die «Koalition» zwischen den «Siegern» Chruschtschow, Malenkow und Molotow («kollektive Führung») ging mit Chruschtschows Wahl zum Parteichef am 3. September 1953 zu Ende. Zuerst wurden die Posten des Partei- und des Regierungschefs geteilt, ab 1958 kam aber die Personalunion wieder zustande: Chruschtschow wurde auch Ministerpräsident.

Die wichtigsten Schritte Chruschtschows waren folgende:

1. *Die Errichtung des Komitees für Staatssicherheit*, des KGB, im Jahre 1954, anstelle der bisherigen WTschK, GPU, OGPU, NKWD, MWD. Der Hintergrund dieser wichtigen Massnahme war folgende Überlegung: Wenn das Innenministerium und der Sicherheitsdienst vereinigt sind, so hat der Innenminister – der meistens gleichzeitig auch der Chef der Hauptabteilung (Verwaltung) des Sicherheitsdienstes war – zu grosse Macht (wie z. B. Berija). Deshalb schien es günstiger zu sein, die beiden zu trennen, vom Staatssicherheitsdienst ein eigenes Ministerium als Staatskomitee für Sicherheit, KGB, zu schaffen.

Die bisherige Willkürjustiz des Staatssicherheitsdienstes (besonders in der NKWD-Zeit) wurde aufgelöst; Voruntersuchung bei staatsfeindlichen Delikten, die Gefängnis- und Arbeitslager-Waffe sowie eine allgemeine Kontrolle blieben als wichtigste Befugnisse des neuen KGB. Der Präsident des Staatskomitees ist gleichzeitig der Chef des Sicherheitsdienstes, während der Vizepräsident der Kommandant der Grenztruppen ist, welche ebenfalls zum KGB gehören. (Farbe des KGB-Soldaten: blau; des Grenzsoldaten: grün.) Mit dieser Änderung ist die Macht des Sicherheitsdienstes zurückgegangen.

2. *Die Geheimrede auf dem 20. Parteikongress Ende Februar 1956 und die Kongressbeschlüsse, welche eine ziemlich bedeutende Liberalisierung zur Folge hatten.* Chruschtschow «entlarvte» in seiner Geheimrede die Verbrechen Stalins und seiner Anhänger und bezeichnete diese als Folge des «Stalinschen Personenkults». Die Rehabilitierung der zwischen 1935 und Ende 1938 verhafteten oder liquidierten hohen Partei- und Staatsfunktionäre wurde begonnen. Allerdings blieb der an klassenfeindlichen Elementen begangene Massenterror unerwähnt. Viele Internierte wurden entlassen. Es begann die Überprüfung der «Prozesse» gegen die erwähnten ehemaligen Partei- und Staatsfunktionäre.

Taktisch wichtig war der aussenpolitische Beschluss des Kongresses. Die alte These, wonach Kriege zwischen Sozialismus und Kapitalismus



Nikita Chruschtschow.

unvermeidbar seien, wurde als veraltet erklärt. Zwischen den beiden Systemen solle die friedliche Koexistenz gelten, das heisst die Anerkennung des territorialen, aber nicht des ideologischen Status quo. Dadurch würden bessere Bedingungen für den «Export der Revolution» geschaffen.

3. *Die Liberalisierung der Strafjustiz und der strafrechtlichen Gesetzgebung im allgemeinen.* Ab Dezember 1958 wurden verabschiedet: die Gesetze über staatsfeindliche Delikte, über die Grundlagen der strafrechtlichen Gesetzgebung, die Grundlagen der Strafprozessordnung (die betreffenden Kodexe wurden auf dieser Grundlage von den Unionsrepubliken verabschiedet), die Grundlagen der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung, über Ehe und Familie usw. Ausschliesslich zur Kompetenz der Union gehörten und gehören auch jetzt noch die Armee, die mit ihr verbundenen Gesetze, staatsfeindliche Delikte, Staatssicherheit. Hier sind die Unionsgesetze direkt für alle Republiken bindend.

4. *Dezentralisierung der Exekutive*, hauptsächlich 1957 und in den darauffolgenden Jahren. Stalin hatte die ganze Exekutive zentralisiert; Chruschtschow führte eine Dezentralisierung durch, wobei nur Aussenhandel, Hochseeschifffahrt und Verkehr in ausschliesslicher Unionskompetenz blieben. Hier arbeiteten nur die Bundesministerien. In den weniger wichtigen, hauptsächlich mit Finanzen verbundenen Bereichen – wie Wohnbau, landwirtschaftliches Bauwesen, Strassenbau usw. – erhielten die Unionsrepubliken das Recht auf autonome Ministerien.

5. *Grosse Reformen in der Wirtschaft.* 1957 wurde die Sowjetunion in 103 Wirtschaftsge-

biete mit je einem Volkswirtschaftsrat und mit einem Allunions-Volkswirtschaftsrat an der Spitze aufgeteilt. Allerdings war dieser Entschcheid sehr umstritten: Das damalige Politbüro (das Präsidium des ZK der KPdSU) lehnte diese Aufteilung ab und forderte Chruschtschow auf, auf seinen Posten zu verzichten. Chruschtschow wandte sich mit einer Berufung an das ZK-Plenum, das so schnell einberufen wurde, dass ein grosser Teil der Gegner Chruschtschows nicht rechtzeitig eintreffen konnte. Seine Anhänger wurden dagegen mit Hilfe des damaligen Verteidigungsministers, Marschall Schukow, mit Militärflugzeugen nach Moskau geflogen. Das ZK nahm die Reform an, und die Gegner wurden als parteifeindliche Gruppe aus dem ZK ausgeschlossen. Ein Zeichen der Liberalisierung: Niemand von ihnen wurde vor Gericht gestellt und verurteilt.

Im Frühjahr 1956 lockerte Chruschtschow die arbeitsrechtlichen Bestimmungen: den Arbeitnehmern wurde das Recht auf Kündigung garantiert, und bis auf die Bauern erhielten alle Sowjetbürger die Bewegungsfreiheit innerhalb der UdSSR – mit Ausnahme der Grenzgebiete und -zonen.

Noch wichtiger waren Chruschtschows Massnahmen im Interesse der Kolchosbauern. Er liess die staatlichen Aufkaufspreise wesentlich erhöhen und schaffte dann die Ablieferungspflicht der Kolchosen für den Staat ab. Die Ablieferungspreise waren nämlich wesentlich niedriger als die Aufkaufspreise und – wie Chruschtschow erklärte – auch als die Produktionskosten. Die Nebengewirtschaften der Kolchosbauern wurden erneut hergestellt. Kolchosen und Kolchosbauern konnten die Restprodukte auf dem freien Markt für höhere Preise verkaufen. Allerdings dauerte diese bauernfreundliche Politik nur bis 1962.

6. *Dezentralisierung der Partei, einiger gesellschaftlicher Organisationen und der Sowjets.* Im Frühjahr 1962 entstanden – im Widerspruch zum neuen Parteistatut von 1961 – die Arbeiter- und Bauernparteiorganisationen im Rahmen der KPdSU, sowie die Arbeiter- und Bauernpartei-Komitees. Die Einheit wurde lediglich auf Replikenebene und im Zentrum aufrechterhalten – mit je nur einem Zentralkomitee (mit Sekretariat und Präsidium). Dem Beispiel der Partei mussten die Sowjets und der Komsomol (Jugendorganisation) folgen. Mit Ausnahme der Industriezentren wurden zwei Sowjets gegründet: ein Arbeiter- und ein Bauernsowjet.

7. *Änderung der Parteiideologie und -theorie.* Eine Grundthese des Marxismus-Leninismus ist die Klassegebundenheit der Partei: Die kommunistische Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse. Der 22. Parteikongress im Oktober 1961 beseitigte aber diese alte These und bezeichnete die KPdSU als Partei des gesamten Volkes bzw. als Avantgarde des ganzen Sowjetvolkes. Die Parteien der Bruderstaaten beschlossen an ihren bald abgehaltenen Kongressen, sie seien noch proletarische Parteien, seien aber auf dem Wege, Volksparteien zu werden. Die KP Chinas protestierte gegen diese Re-

form, indem sie sich auf den Marxismus-Leninismus berief.

Nachdem die Partei zur «Volkspartei» geworden war, begann man auch die Sowjetunion als Staat des gesamten Sowjetvolkes zu definieren, was dem Marxismus-Leninismus ebenfalls widerspricht, denn auch der Staat müsste nach dieser Theorie seinen Klassencharakter bewahren.

Der letzte Satz des umfangreichen Parteiprogrammes von 1961 lautet: «Die KPdSU erklärt feierlich, die heute lebende Generation der Sowjetmenschen wird noch im Kommunismus leben». Man begann also den Aufbau der Grundlagen des Kommunismus, und die Folgen bekamen vor allem die Bauern zu spüren. Ab 1962 liess Chruschtschow die Nebenwirtschaften der Kolchosbauern und den freien Kolchosmarkt wesentlich einschränken.

Mit diesen Massnahmen hing auch die Verschärfung der Strafe wegen Spekulation zusammen (z. B. auf dem Kolchosmarkt). Noch früher, im Mai 1961, wurde durch einen Ukas (Gesetzesverordnung) die Parasitengesetzgebung verkündet: Nichtarbeitende, gesunde Menschen werden ohne Gerichtsurteil aufgrund einer polizeilichen Verfügung für zwei bis fünf Jahre deportiert. Die Deportation war theoretisch mit Arbeitszwang verbunden, und die Dauer konnte von der Polizei verlängert werden. Da die «Parasiten» in den Betrieben nicht oder nur selten angestellt werden konnten, wurden sie meistens deportiert. Bald «vergifteten» aber die jungen Deportierten die Atmosphäre in ihren Deportationsortschaften, da bald auch die lokale Jugend begann, einen «parasitären Lebenswandel» zu führen. Deshalb wurde ab 1971 das Parasitentum mit Freiheitsentzug bestraft.

8. *Aussenpolitik.* 1954/55 wurden die Beziehungen zu Jugoslawien «normalisiert», die Politik gegenüber China war dagegen erfolglos. 1957/58 wollte Chruschtschow den europäischen Warschauer Pakt mit einem asiatischen Pakt verbinden und dadurch das Kommando auch über die chinesischen Streitkräfte bekommen. Die Chinesen lehnten aber den sowjetischen Plan ab, worauf die vorher vereinbarten sowjetischen Lieferungen von Boden-Boden-Raketen ausfielen. Im August 1958 begann dann China den eigenen Weg: jenen der «Volkskommunen» und des «Grossen Sprungs» in Richtung des baldigen Aufbaus der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Zum offenen Bruch kam es im Juli 1963. Die sowjetischen Berater wurden aber schon vorher zurückberufen.

Chruschtschows Politik gegenüber den brüderlichen Volksdemokratien war rücksichtslos und bewies, dass die Sowjets auf die Hegemonieansprüche nicht verzichten können und dass der 1949 noch von Stalin errichtete Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) lediglich ein Mittel der Ausbeutung der übrigen sozialistischen Staaten ist.

1955 rief Chruschtschow die Warschauer-Pakt-Organisation ins Leben. Der Aufstand in Ost-

Berlin am 16. Juni 1953 verlief noch zur Zeit der «Kollektivführung», der Aufstand in Posen im Juni 1956 schon unter Chruschtschow.

Der Volksaufstand in Ungarn zeigte die völlige Unzuverlässigkeit der politischen Führung Moskaus sogar in der Zeit der Liberalisierung. Auf einen angeblichen Hilferuf wurden die Sowjettruppen in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober 1956 gegen die «Konterrevolution» eingesetzt. Der ungarische Widerstand zwang jedoch die Sowjetregierung, am 30. Oktober eine Erklärung zu veröffentlichen, in welcher der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn verkündet wurde. Am 3. November begannen die sowjetisch-ungarischen Verhandlungen über den Rückzug der sowjetischen Einheiten aus Ungarn. Die am Abend des 3. November in das sowjetische Hauptquartier (Tököl) eingeladene ungarische Verhandlungsdelegation wurde aber dort festgenommen und später zum Teil hingerichtet. In den Morgenstunden des 4. November überfielen die Sowjettruppen – jetzt mehrheitlich KGB-Einheiten – Ungarn auf angebliche Einladung von Parteichef Kadar und weiterer fünf Genossen. Damit kam es zum grössten Blutbad im osteuropäischen sozialistischen Lager: überfüllte Gefängnisse, Internierungslager, Deportation von Kindern und Jugendlichen in die Sowjetunion, Terrorjustiz mit mindestens 500 Hingerichteten – unter diesen auch ziemlich viele Minderjährige – und noch mehr in den Gefängnissen zu Tode Gefolterte.

Breschnew

Das Triumvirat Breschnew/Kossygin/Podgorni organisierte am 14. Oktober 1964 einen «Staatsstreich» gegen Chruschtschow und zwang ihn zur Abdankung. Aus der «kollektiven Führung» wurde aber bald die Einmannführung des Parteichefs Breschnew, der sich vom 23. Parteikongress 1966 wieder als Generalsekretär (und nicht Erster Sekretär des ZK) bezeichnen liess. Damit war er im ZK und im Politbüro nicht mehr «primus inter pares» wie Chruschtschow, sondern erhielt eine Sonderstellung wie seinerzeit Stalin. Das ZK-Präsidium nannte sich wiederum Politbüro. Breschnews erster Schritt war die Ausserkraftsetzung der Chruschtschowschen Reformen; es kam zur Rezentralisierung.



Breschnew.

Am 7. Oktober 1977 wurde die heute geltende Staatsverfassung der UdSSR verabschiedet, die von der Breschnewschen politischen Linie geprägt ist. Das Kapitel über Aussenpolitik sieht gegenüber dem Kapitalismus die friedliche Koexistenz vor, gegenüber der Dritten Welt ebenfalls die friedliche Koexistenz, allerdings verbunden mit dem Kampf gegen den Neokolonialismus der sogenannten imperialistischen Staaten, also mit dem Kampf gegen die «koexistierenden» Weststaaten. Gegenüber den «brüderlichen Staaten» wurde als offizielle politische Linie der sogenannte «sozialistische Internationalismus» erklärt.

Obwohl die zwei internationalen Konventionen vom 16. Dezember 1966 und die Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 von der UdSSR unterzeichnet wurden, bedeutet das Kapitel über die Grundrechte der Bürger die grösste Verletzung der internationalen Verpflichtungen. Einige Beispiele:

Das Vereinsrecht wird «in Übereinstimmung mit den Zielen des kommunistischen Aufbaus» gewährleistet (Art. 51), das wissenschaftliche,

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

technische und künstlerische Schaffen «entsprechend den Zielen des kommunistischen Aufbaus» (Art. 47), die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die Kundgebungsfreiheit, die Freiheit zur Durchführung von Strassenmärschen und Demonstrationen «in Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes und zur Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung» (Art. 50); die Eltern werden verpflichtet, die Kinder «zu würdigen Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft zu erziehen» (Art. 66). Noch verhängnisvoller für die Bürger sind Art. 39 und 59. Die Ausübung der Rechte durch die Bürger «darf den Interessen der Gesellschaft und des Staates... keinen Schaden zufügen» (Art. 39), und die «Ausübung der Rechte und Freiheiten durch den Bürger ist nicht zu trennen von der Erfüllung seiner Pflichten» (Art. 59).

Während in der Wirtschaftspolitik und in der Innenpolitik Breschnews praktisch kein wichtiges Novum zu verzeichnen ist, scheint die Aussenpolitik interessanter zu sein. Breschnew forcierte den «Export der Revolution» ins kapitalistisch-imperialistische Ausland. Die Aktivität der Afroasiatischen Solidaritätsorganisation wurde wesentlich grösser als in der Zeit ihres Gründers, Chruschtschow, um die Position des Imperialismus in der Dritten Welt zu schwächen. Gelegenheit dazu gab die von den kommunistischen Weltkonferenzen 1960 und 1969 beschlossene Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, der «fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte». Die Jahre 1974/75 waren entscheidend für diese Politik. Der Sturz der portugiesischen Diktatur 1974 und der Sturz der äthiopischen Monarchie am 12. September 1974 haben grosse Möglichkeiten für eine «antiimperialistische Politik» angeboten.

In Angola haben die Kubaner den Stellvertreterkrieg auf sich genommen, in Mosambik und Äthiopien setzten sich sowjetische Berater ein. Bald entstand ein neuer Begriff in der marxistisch-leninistischen Aussenpolitik: «Der Staat mit sozialistischer Orientierung», als Zwischenstufe zwischen dem feudal-bürgerlichen und dem sozialistischen Staat. Nach einigen Jahren gehörten schon zwanzig Staaten zu dieser Kategorie in der Dritten Welt. Die Propagandisten wurden und werden auch heute an der «Völkerfreundschaftsuniversität» in Moskau (eine zeitlang Lumumba-Universität) ausgebildet, welche 1961 von Chruschtschow gegründet wurde.

Zur Zeit Breschnews ging 1975 der Vietnamkrieg mit einem Sieg des kommunistischen Nordens zu Ende; in der Folge wurden auch Laos und Kambodscha von Hanoi aus dominiert bis erobert. Gleichzeitig wurde Südostasien aus einer früher chinesischen Einflusszone zur sowjetisch dominierten Region.

Im Dezember 1979 begann dann die Invasion in Afghanistan, im «sowjetischen Vietnam».

Die Unterstützung der «revolutionären Bewegungen» in Westeuropa im Rahmen der «friedlichen Koexistenz» war besonders 1968/69 und

nachher 1974/75 offensichtlich. 1969 musste sogar die Klassentheorie geändert werden: Die Intelligenz in den kapitalistisch-imperialistischen Staaten ist seit 1969 offiziell nicht mehr eine «Schicht der Bourgeoisie», also Klassenfeind, sondern Verbündete der revolutionären Arbeiterbewegung.

In der internationalen kommunistischen Bewegung war Breschnew allerdings nicht so erfolgreich. Der Beschluss der kommunistischen Weltkonferenz in Moskau vom Juni 1969 enthielt nicht mehr den Hinweis auf die Führungsrolle der KPdSU in der Bewegung. Nachher wollte Breschnew eine neue Weltkonferenz einberufen, was ihm aber nicht gelungen ist. Anstelle der Weltkonferenz wurden die früher so oft kritisierten «regionalen Konferenzen» für den Nahen Osten und für die Parteien in Lateinamerika abgehalten; die wichtigste war die Berliner Konferenz der europäischen Parteien 1976. Der Eurokommunismus wurde nach 1969 stärker, die italienische, die französische und die spanische KP verfolgten ihre eigene Linie.

Auch im sozialistischen Lager entstand ein neues Problem: der tschechoslowakische Sozialismus mit menschlichem Antlitz im Jahre 1968, welcher die «universal geltenden sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau» ablehnte. Deshalb haben die Einheiten

des Warschauer Paktes – mit Ausnahme der rumänischen Truppen – am 21. August dieser gefährlichen Entwicklung ein Ende gesetzt. Am 12. November jenes Jahres verkündete Breschnew in Warschau die «Breschnew-Doktrin» über die beschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten. Sollte der Sozialismus in einem Bruderland gefährdet sein, so sei es Pflicht aller übrigen sozialistischen Staaten, dem «Volk» zu Hilfe zu kommen. Dieser Grundsatz wurde als «sozialistischer Internationalismus» bezeichnet und in die Verfassung Bulgariens 1971 aufgenommen. Die sowjetische Verfassung von 1977 machte diese These ebenfalls zum Verfassungsprinzip (Art. 30).

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre spitzte sich die politische und wirtschaftliche Lage auch in Polen immer mehr zu und führte nach der Streikbewegung im August 1980 im Küstengebiet zur «gesellschaftlichen Vereinbarung» zwischen der Regierungskommission und den interbetrieblichen Streikkomitees des Küstengebietes. Die polnische Entwicklung ging nachher in Richtung eines gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus. Die Geschichte wird abklären, ob der am 13. Dezember 1981 verkündete Kriegszustand nicht eine Alternative zur sowjetischen Besetzung war. Breschnews Aktivität liess 1981 schon nach, und so war er mit Jaruzelskis Verrat zufrieden gestellt.



Die Anwendung der «Breschnew-Doktrin» beim Einmarsch in die Tschechoslowakei: Strassenszene in Prag am 21. August 1968. Jugendliche bestürmen die einfahrenden Sowjets.

Interim

Zwei Tage nach Breschnews Tod, am 12. November 1982, wurde Andropow Generalsekretär; am 16. Juni 1983 auch Staatschef. Dadurch wurde die Personalunion in Partei- und Staatsführung wieder hergestellt.

Andropow führte während seiner kurzen Zeit eine sehr aktive Innenpolitik und Wirtschaftspolitik, welche auch auf die späteren Jahre beträchtliche Auswirkungen hatte. Seine Politik konzentrierte sich zuerst auf die Wirtschaft sowie auf die Festigung der Produktionsdisziplin.

Sogar seine «demokratische Reform», das Gesetz über die Werktätigenkollektive vom Juni 1983 (ergänzt durch einen Beschluss des ZK der Partei und der Unionsregierung «Über zusätzliche Massnahmen für die Ausdehnung der Rechte der Produktionsvereinigungen» von Ende Juli 1983), diente indirekt der Festigung der Disziplin. Auch der ZK-Beschluss vom Mai 1983 «Über die weitere Erhöhung der Rolle der Sowjets im wirtschaftlichen Aufbau» war indirekt diesem Ziel gewidmet. Die Einleitung zu diesem Beschluss verriet das eigentliche Ziel seiner Politik: «Vervollkommnung und Festigung der zentralisierten Wirtschaftsführung». Der Gesetzesentwurf über die Werktätigenkollektive wurde im April 1983 veröffentlicht und einer «allvölkischen Diskussion» unterbreitet, an welcher angeblich 110 Millionen Sowjetbürger teilnahmen.

Direkt der Festigung der Arbeitsdisziplin war auch der Ukas vom August 1983 «Über die Vervollkommnung der Gesetzgebung zwecks Festigung der Arbeitsdisziplin» gewidmet. Die gemeinsame Sitzung des ZK der Partei, der Unionsregierung und des Zentralrates der Gewerkschaftsverbände vom August 1983 verurteilte die hohe Kaderfluktuation und die Gleichmacherei in der Lohnpolitik und liess die konzessionsbereiten, nicht rigorosen Betriebsleiter auf disziplinarischem Wege zur Verantwortung ziehen. Gleichzeitig wurden die seit Jahrzehnten ständig praktizierten Versammlungen, Beratungen, Seminare, Sportveranstaltungen usw. während der Arbeitszeit strikt verboten.

Die grösste Leistung der Andropow-Ära war das erwähnte «Gesetz über die Werktätigenkollektive und die Erhöhung ihrer Rolle in der Leitung von Betrieben, Behörden und Organisationen» vom Juni 1983, dessen Einleitung die «echte sozialistische Selbstverwaltung» verkündete.

Art. 4 garantierte die «Einmannführung unter breiter Teilnahme der Werktätigen an der Leitung», gleichzeitig aber auch die «Erhöhung der Verantwortung der Kollektivmitglieder für die ihnen zugeteilten Aufgaben». Die Kollektive sollten sogenannte «Gegenpläne» erarbeiten und verabschieden (Art. 6), in welchen höhere Planaufgaben gestellt werden als im offiziellen Betriebsplan. Art. 11 stellte den Werktätigenkollektiven sogar direkt arbeiterfeindliche Aufgaben: «Sie beteiligen sich an der Erarbeitung von Vorschlägen für eine ausgedehnte An-

wendung von technisch begründeten Leistungsnormen». Wenn die Leistungsnormen mit Zustimmung der Arbeitnehmer erhöht werden, wird der Lohn von einem Tag auf den anderen reduziert. Das Kollektiv muss ferner – im Sinne des Gesetzes – das «kommunistische Verhältnis zur Arbeit» festigen, zur Festigung der Familie der Werktätigen, zur Verbesserung der Kindererziehung, zur Festigung der Normen der kommunistischen Moral im Privatleben beitragen (Art. 17). Das Gesetz gab also Gelegenheit, das Privatleben der Arbeitnehmer, der Mitglieder des Kollektivs zu kontrollieren und sich in ihr Privatleben einzumischen.

Ein Verdienst von Andropow war, dass er sich nicht nur um die Schwerindustrie, sondern auch um die jahrzehntelang vernachlässigte Leicht- und Konsumgüterindustrie kümmerte. (ZK-Beschlüsse vom 29. 3. 1983 und 6. 5. 1983).

Andropow legte das Hauptgewicht in der Nationalitätenpolitik auf den Unterricht der russischen Sprache in den Randgebieten, wie unter anderem auch der Beschluss des Politbüros vom Mai 1983 über «Zusätzliche Massnahmen» zur Verbesserung des Russischunterrichtes in den nichtrussischen Republiken dies betonte. Hauptziel war dabei die Förderung des Internationalisierungsprozesses. Das Politbüro verlangte einen «Komplex von Massnahmen» in dieser Hinsicht.

In der Kirchenpolitik machte Andropow gewisse Konzessionen. Zwei apostolische Administratoren wurden während seiner kurzen «Herrschaft» für die litauische katholische Kirche ernannt – zum ersten Mal in der Geschichte Sowjetlitauens –, und vier litauische Bischöfe durften 1983 den Vatikan besuchen. Die etwas mildere Kirchenpolitik konnte der internationalen «Friedensbewegung» dienen. Unter Breschnew waren drei internationale Kirchentagungen in Moskau veranstaltet worden. In der kurzen Andropow-Ära fand im März 1983 in Moskau ein internationales «religiöses Treffen» für führende Persönlichkeiten verschiedener Kirchen in Europa, Asien, Afrika und Amerika für den Schutz des Friedens statt. Während aber die sowjetische Kirchenführung in der sowjetischen Aussenpolitik immer mehr eingesetzt wurde, protestierte das Regime zu Hause gegen die «neue Mode» der Jugendlichen, z. B. Kreuz am Hals zu tragen, zu Hause an den Wänden Ikonen aufzuhängen usw. Die Zeitschrift des Zentralkomitees der Partei, «Agitator», verlangte Ende 1982 eine bessere Ausbildung der Atheistenkader. Im Sommer 1983 richtete eine Gruppe sowjetischer Gläubiger einen offenen Brief «an die Christen der Welt», in welchem zur Aufmerksamkeit auf die zunehmende religionsfeindliche Politik des Moskauer Regimes aufgerufen wurde. Gleichzeitig wurden auch zahlreiche Repressalien gegen Gläubige konkret aufgezählt.

Ein wichtiges Merkmal der Andropow-Ära war auch der Antisemitismus. Am 21. April 1983 wurde das «Antizionistische Komitee der Sowjetgesellschaft» errichtet. Dazu schrieb die

«Iswestija» (4. 6. 1983) u. a.: «Die Entstehung des Antizionistischen Komitees in unserem Land erachten die Sowjetmenschen als eine seit langer Zeit herangereifte Notwendigkeit, um die Anstrengungen im Kampf gegen den internationalen Zionismus zu vereinigen. Die Partei mobilisierte die Bevölkerung; Radio und Fernsehen erhielten von der Bevölkerung zahlreiche Briefe mit Grüßen.» Der Zionismus sei nämlich mit dem humanistischen Menschenrechtskonzept unvereinbar. General Dragunski, der Präsident des Antizionistischen Komitees, erklärte sogar, er werde die Kontakte mit den internationalen antizionistischen Organisationen aufnehmen. Die Vorbereitung zu diesem wichtigen Schritt erfolgte allerdings schon unter Breschnew. Es heisst in der Oktobernummer 1982 der ZK-Zeitschrift «Polititscheskoje Samobrasowanje» unter anderem: «Der Weltjudaismus ist die Grundlage der zionistischen Ideologie.»

In der Aussenpolitik setzte sich Andropow – wie früher Breschnew – für die Zusammenarbeit mit der westlichen Sozialdemokratie ein, um diese für den einseitigen sowjetischen Friedenskampf zu gewinnen. Als ein Beispiel von vielen kann das im Juni 1983 in Moskau abgehaltene internationale Symposium «Krise des Kapitalismus, Kriegsgefahr und Sozialdemokratie» erwähnt werden.

In der Politik gegenüber den «Bruderländern» verlangte ein Ukas vom 17. Juni 1983 die Förderung der Arbeit der «sozialistischen Multis» auf dem Gebiet der Sowjetunion. Andropow setzte sich besonders für die Zusammenarbeit des sozialistischen Lagers auf dem Gebiet der Kernenergie ein, und zwar aufgrund der früheren Vereinbarung von 1977. 1977 gab es in den RGW-Ländern AKWs mit 9 Millionen kW, 1983 schon mit 22 Millionen kW.

Für die ideologische Gleichschaltung der Bruderstaaten wurde Anfang 1983 beschlossen, die Chefredaktoren der theoretischen und politischen Zeitschriften der brüderlichen Parteien sollen alle drei Jahre ihre Beratungen abhalten, während die Rubrikleiter sich regelmässig treffen sollten, um ihre Tätigkeit zu koordinieren. Der Oberkommandierender der Warschauer-Pakt-Truppen betonte die besondere Wichtigkeit der «grossen, komplexen Übungen der Vereinigten Streitkräfte».



Die dreizehnmönatige Tschernenko-Ära (vom 13. Februar 1984 bis zum 10. März 1985) brachte keine neuen, wichtigen Initiativen und keine besonders wichtigen Massnahmen. Man kann sogar behaupten, dass Tschernenkos wichtigste Reden noch in der Andropow-Ära gehalten wurden. Dies hing zweifelsohne mit seinem Gesundheitszustand zusammen.

Der im September 1911 geborenen Tschernenko übernahm den Posten des Generalsekretärs der Partei mit über 73 Jahren und war da-

mit der älteste Parteichef in der Geschichte der KPdSU. Lenin übernahm die Macht mit 47, Stalin mit 43, Chruschtschow mit 57, Breschnew mit 58, Andropow mit 68 Jahren. Tschernenko setzte vor allem die Kaderpolitik seines Vorgängers fort und suchte überflüssige Arbeitsplätze zu beseitigen. Bis November 1984 wurden zum Beispiel in der Ukraine in 1973 Produktionseinheiten 5000 überflüssige Arbeitsplätze liquidiert. Im Interesse der Vervollkommen der Ausbildung der Funktionäre (der «Kader») entstand 1984 ein «Komplexprogramm» in der RSFSR für die nächsten zwanzig Jahre.

Die öffentliche Diskussion und Bewertung der führenden Funktionäre und deren Ernennung unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse wurde schon in der Andropow-Ära eingeführt und von Tschernenko weiter gefördert.

Im Sinne des Andropowschen Gesetzes über die Werktätigenkollektive gab es besonders jetzt Proteste gegen die kleinliche und überflüssige Betreuung und Kommandierung der Betriebe durch die höheren Organe, womit eine stärkere Selbständigkeit angestrebt wurde.

Wie sein Vorgänger setzte sich auch Tschernenko für die Festigung der Arbeits- und Produktionsdisziplin ein. Im Oktober 1984 wurde das Musterreglement verabschiedet, das für Arbeitsversäumnisse die Herabsetzung des Lohnes, den Entzug der Jahresprämien oder die Versetzung an eine niedrigere Stelle vorsah.

Es gab zu dieser Zeit auch viele Proteste gegen die zunehmende Bürokratisierung im Staat und in der Wirtschaft. Während der letzten zehn Jahre (1974–1984) stieg die Zahl der Beschlüsse der verschiedenen Sowjets um 25 % an; in vielen Stadtsowjets wurden jährlich 400 bis 500 Beschlüsse verabschiedet, deren Verwirklichung nachher oft nicht kontrolliert wurde.

Schon unter Tschernenko sieht man die zunehmende Sorge für die Justiz, die dann besonders unter Gorbatschow hervorgehoben wurde. Die Zeitschrift «Sowjetskaja Justizija» (Nr. 17/1984) verlangte einen besseren Rechtsschutz für die Bürger im Strafverfahren.

Die Partei befürwortete 1984 eine innen- und aussenpolitische Kontrapropaganda wegen der «zunehmenden politischen Aktivität des Imperialismus». Proteste gegen den Informationsimperialismus der Imperialisten blieben natürlich auch in dieser Periode nicht aus.

Die Politik gegenüber den Bruderstaaten verlangte auch jetzt deren zunehmende Abhängigkeit von der UdSSR. 1984 wurden Massnahmen für die Vertiefung der wissenschaftlichen und der Produktionskooperation sowie der direkten Kontakte zwischen Ministerien, Zentralbehörden, Betrieben und Vereinigungen der RGW-Länder verlangt; ein Beschluss des Politbüros bestimmte gewisse Massnahmen zur Förderung der internationalen Kooperation in Produktion und Wissenschaft.

Wir machen die Medien transparent



Das
Magazin
für den
Dialog
mit den
Medien

MEDIEN & Publikum berichtet über:

**Presse, Hörfunk, Fernsehen –
wie es hinter den Kulissen zugeht.**

**Kontrolle und Kritik –
was das Publikum von den Medien erwartet.**

**Medien- und Meinungsmacher –
wer sie sind, was sie wollen.**

**Konkurrenz und Kooperationen –
wer mit wem auf dem Medienmarkt.**

**Politik und Perspektiven –
über den Einfluß der Volksvertreter auf die
Medienlandschaft.**

**Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an bei:
Publicum Verlagsgesellschaft mbH
Otto-Hahn-Straße 10
7141 Benningen**

Gorbatschow

Am 10. März 1985 starb Tschernenko, und schon am nächsten Tag wählte das ZK-Plenum den 54-jährigen Stawropoler Bauernsohn Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der Partei.

Mit ihm kam ein Mann an die Spitze der Partei, der mit allen Kräften eine Leistungsgesellschaft anstrebt, der in Innen- und Aussenpolitik eigene Gedanken und eine eigene Linie hat. Er verzichtete auf die Personalunion von Partei- und Staatsführung und blieb «nur» Parteichef. Zuerst wollte er Ordnung und Disziplin schaffen, Bürokratie und Amtsmissbrauch bekämpfen. Mit tiefgreifenden Reformen wollte er bis zum 27. Parteikongress Ende Februar/Anfang März 1986 warten.

Unmittelbar nach der Übernahme seines Postens begann er die Säuberung in Partei- und Staatsführung. Korrupte, unfähige Funktionäre wurden in grosser Zahl abgelöst. Im ersten Schub wurden in der RSFSR 19 Minister ausgewechselt, an einer der erste Plenarsitzungen des ZK wurden 9 Minister in der Unionsregierung (1985 insgesamt 10) abgelöst. Allein in Usbekistan entfernte die Säuberung bis Ende 1985 über 9000 Funktionäre von ihren Posten. Gleichzeitig begann man die Überprüfung von Beamtenstellen und Arbeitsplätzen; es wurde beschlossen, ab 1986 werde diese Aktion planmässig stattfinden und periodisch wiederholt.

In der Wirtschaft strebte Gorbatschow vom Anfang an die Zentralisierung in «strategischer» Richtung mit gleichzeitiger Dezentralisierung durch die Ausdehnung der «sozialisti-

schen Demokratie» an. An einem Treffen führender Funktionäre von Betrieben und Vereinigungen erklärte er einen Monat nach seiner Machtübernahme, die zentralen Organe müssten viele Fragen zur Lösung den Betrieben überlassen. Durch die «Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Erneuerung der Produktion» will er «den Welthöchststand der Arbeitsproduktivität» erreichen («Prawda», 24. 4. 1985). Seinen Standpunkt drückte Akademiemitglied Bogomolow in der Oktobernummer 1985 der zentralen Parteizeitschrift «Kommunist» wie folgt aus: «Die Einhaltung und Achtung der gesamtstaatlichen Wirtschaftsinteressen machen es notwendig, die zentrale Planung zu festigen; ohne eine starke zentrale Wirtschaftsführung beginnen die lokalen und Brancheninteressen sich zu stärken...» Gorbatschows Slogan: Übergang von Quantität auf Qualität.

Obwohl sein Interesse in erster Linie auf die Industrie konzentriert ist, sorgt er auch für die Landwirtschaft, für die Verwirklichung des Lebensmittelprogrammes. Die Getreidepreise wurden für die Kolchosen im Juli 1985 erhöht, und in seiner Rede von 1. September 1985 betonte er, jährlich sollten eine Million Grundstücke zur Förderung der Schrebergärten kostenlos den Bürgern zugeteilt werden.

Von Wichtigkeit war und ist seine Bestrebung, auch die Konsumgüterindustrie zu fördern. Schon am 18. April 1985 verlangte eine gemeinsame Sitzung des ZK und der Regierung dringende Massnahmen. In seinem Feldzug zur Stärkung der Disziplin im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft nahm die Antialkohol-Kampagne – besonders im ersten Halbjahr – einen wichtigen Platz ein. Er sah im traditionel-

len Alkoholkonsum – nicht nur in der Wohnung und in Wirtshäusern, sondern auch auf öffentlichen Plätzen, in Strassen und sogar an den Arbeitsplätzen während der Produktion – eine grosse Gefahr für seine politische und wirtschaftliche Linie.

Das Politbüro des ZK der Partei hat schon Anfang April 1985 für den Kampf gegen Alkohol Stellung genommen. Sechs Wochen später verabschiedete das ZK-Plenum den wichtigen Beschluss «Über Massnahmen zur Bekämpfung der Trunksucht und des Alkoholismus»; das Oberste Gericht verlangte am 2. November 1985 strengere Strafen wegen Spekulation mit Spirituosen.

Am 16. Mai 1985 verabschiedete dann das Präsidium des Obersten Sowjets den wichtigen Ukas «Über Massnahmen zur Verschärfung des Kampfes gegen Trunksucht und Alkoholismus, zur Liquidierung der Schwarzbrennerei». Der Ukas bestimmt hohe Geldstrafen wegen Spirituosenkonsums auf Strassen, öffentlichen Plätzen, in Parks, ferner wegen Erscheinens in angetrunkenem Zustand auf öffentlichen Plätzen. Bürger, die auf der Strasse in stark angetrunkenem Zustand gefunden werden, müssen in die Ernüchterungskammer der Polizei eingeliefert werden. Gleichzeitig wurde auch das Reglement für die schon überall – in territorialen Verwaltungseinheiten, Betrieben – tätigen Antialkohol-Kommissionen verabschiedet. Alkoholverkauf wurde vor 14 Uhr und in der Nähe der Betriebe überhaupt verboten, zahlreiche Alkoholgeschäfte und Wirtshäuser wurden geschlossen. Die Folge war, dass der Alkoholkonsum statistisch zurückging; dagegen verbreitete sich die Schwarzbrennerei.



Der 27. Parteikongress.



«Das Fenster zu Europa — 14 Rubel.» («Krokodil», Moskau, Nr. 25/1987).

In der Aussenpolitik wollte er anfänglich vor allem die Führungsposition der UdSSR im sozialistischen Lager festigen. Am 21. Juni 1985 charakterisierte die «Prawda» die innenpolitische Entwicklung in «einigen Bruderstaaten» wie folgt: «Es gibt Beispiele für zionistische und nationalistische Erscheinungen ... Es gibt solche (Politiker), die der Meinung sind, die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus sowie in den Dokumenten der brüderlichen Parteien verankerten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten seien nur für die Vergangenheit richtig gewesen; sie stellen deren objektiven und universalen Charakter in Frage ... Der Klassenfeind baut weiterhin auf den Nationalismus, westliche Propagandamittel spekulieren mit jenen Problemen, welche die sozialistischen Länder von der Vergangenheit geerbt haben ... Der Nationalismus, der offen oder verschleiert zum Russenhass und Antisowjetismus führt, untergräbt die Zusammengeschlossenheit der sozialistischen Nationen.»

★

Die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse waren der 27. Parteikongress 1986 und der Gewerkschaftskongress 1987.

Der Parteikongress bestätigte Gorbatschows bisherige Aktionen und bestimmte die Hauptrichtung der weiteren Entwicklung. Die Wirtschaftspolitik fasste auf dem Kongress Ministerpräsident N. I. Ryschkow in seinem Referat «Über die Grundrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR 1986–1990 und bis 2000» zusammen («Iswestija», 4. 3. 1986): «Die Vervollkommnung des Leitungssystems läuft darauf hinaus (...), den grundlegenden Vorzug des Sozialismus zu stärken. Zugleich wird die Partei entschieden auf Erweiterung der Selbständigkeit der Betriebe

und Vereinigungen, auf Stärkung ihrer Verantwortung für die Endresultate und Vertiefung der wirtschaftlichen Rechnungsführung hinarbeiten.» Also: Zentralisation, gleichzeitig aber Erweiterung der Selbständigkeit der Produktionseinheiten. Eine dialektische Aufgabe.

Die Einführung zum neuen *Parteistatut* betont ausdrücklich die führende Rolle der Partei: «Die Partei bestimmt die allgemeine Perspektive der Entwicklung des Landes, garantiert die wissenschaftliche Leitung der schöpferischen Tätigkeit des Volkes, sie verleiht dessen Kampf für die Erreichung des Endzieles, des Sieges des Kommunismus, einen planmässigen und zielgerichteten Charakter.»

Von Bedeutung ist die Tatsache, dass Art. 12 des bisherigen Statutes *formell* geändert wurde. Er garantierte nämlich den Parteimitgliedern eine Art strafrechtliche Immunität: Hat ein Parteimitglied eine strafbare Handlung begangen, so müsse er aus der Partei ausgeschlossen und (erst nachher) vor Gericht gestellt werden. Wird es nicht ausgeschlossen, so bleibt es strafrei. Der neue Text: «Für Verletzung des Sowjetgesetzes trägt das Parteimitglied eine doppelte Verantwortung: vor Staat und Partei. Personen, die Vergehen begingen, werden strafrechtlich geahndet und aus der Partei ausgeschlossen.» Die seit März 1986 vergangene Zeit zeigt jedoch, dass die alte Praxis weiterhin gilt: Zuerst Verantwortung vor der Partei und erst nachher (eventuell) vor dem Staatsgericht.

Teil 1, Kapitel I des neuen *Parteiprogrammes* bestimmt die aussenpolitischen Ziele: «Die Avantgarde der Arbeiterbewegung, aller Kräfte der Weltrevolution ist die internationale kommunistische Bewegung. Ein Charakterzug ist die Entwicklung der massenhaften demokratischen Bewegungen in nichtsozialistischen Ländern, welche gegen die Politik der reaktionären Kräfte des Imperialismus gerichtet ist. Dies ist die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus, des hi-

storischen Wettbewerbes zweier sozialer und politischer Systeme ...»

Auch das Parteiprogramm enthält die oben erwähnte dialektische Lösung: Stärkung des Zentralismus, gleichzeitig aber auch der Selbständigkeit der Betriebe und der unteren Glieder von Staat und Wirtschaft: «Die Partei, indem sie in der Verwaltung und Planung, in der Lösung der strategischen Aufgaben, in der Zentralisierung der Leitung und Planung ihre Aufgabe sieht, fördert die Massnahmen zur Erweiterung der Rolle der Betriebe und Vereinigungen.» Das Programm festigt die «sozialistische Demokratie» auch durch die Einführung der Wahl von Wirtschaftsfunktionären durch die Belegschaft.

Der Gewerkschaftskongress von Ende Februar/Anfang März 1987 verabschiedete ein neues Statut, das die Parteiführung sehr stark hervorhebt. Es heisst in der Einführung zum Statut u. a.: «Die Gewerkschaftsverbände der UdSSR arbeiten unter der Leitung der KPdSU, die der Kern des politischen Systems, die leitende und lenkende Kraft der Sowjetgesellschaft ist.» Als Grundfunktion der Gewerkschaften bestimmt die Einführung die Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Förderung der «sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes».

★

Die eigentliche Reformpolitik lief nach dem Parteikongress an und hat die *Demokratisierung*, die «*Perestrojka*» des Wirtschafts- und Staatsmechanismus mit Beseitigung der schädlichen Bürokratie, die *Glasnost*, das heisst die Offenheit im staatlichen und gesellschaftlichen Leben, sowie die Einführung der «*sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes*» zum Ziele, wobei die betriebliche Selbstverwaltung als erste Stufe gilt.

Vier unterschiedlich wichtige Gesetze regeln die Haupttrichtung der bisherigen Reform: das Gesetz über die individuelle Erwerbstätigkeit vom 20. November 1986, das Gesetz über die Staatsbetriebe, das Gesetz über die «allvölkische Erörterung wichtiger Fragen des Staatslebens» und das Gesetz über Beschwerden gegen rechtswidrige Handlungen von Behörden und Beamten an das Gericht. Die drei letzten Gesetze wurden Ende Juni 1987 verabschiedet.

Das Gesetz über die individuelle Erwerbstätigkeit ist die Konkretisierung des Art. 17 der Verfassung; in dieser Beziehung blieb aber die UdSSR weit hinter einigen Bruderstaaten (besonders der DDR, Polen und Ungarn) zurück, wo diese Arbeit schon viel früher zugelassen wurde. Das sowjetische Gesetz geht in der Liberalisierung nicht so weit: Die individuelle Erwerbstätigkeit wird für Erwachsene nur als Nebenbeschäftigung in der Freizeit erlaubt, sowie für deren Familienmitglieder, ferner wird sie für Studenten, Gymnasiasten und Rentner zugelassen, aber *ohne Beschäftigung fremder Arbeitskräfte* (Art. 1), um Ausbeutung zu verhindern. (In den erwähnten Volksdemokratien



Ohne Worte aus «Moscow News», Moskau, Nr. 38/1987.

gibt es eine viel «reaktionärere» Lösung.) Die Listen der zugelassenen individuellen Arbeitsbereiche sowie jene der verbotenen Arbeitsbereiche sind ziemlich lang. Die Erlaubnis erteilt das Exekutivkomitees des örtlichen Sowjets maximal für fünf Jahre. Der örtliche Sowjet wird verpflichtet, den privaten Erwerbstätigen bei der Anschaffung von Materialien, Rohstoffen, Instrumenten und bei der Miete von Räumlichkeiten behilflich zu sein. Priorität bekommt diese Arbeit im Fernen Osten und Norden.

Das Gesetz über die staatlichen Betriebe ist die Präzisierung des Art. 8 der Verfassung und des Kongressbeschlusses. Ziel ist offiziell die Ausdehnung der Rechte und Verantwortung der Betriebe, verbunden mit Selbständigkeit, Selbstverwaltung, Selbstfinanzierung und mit wirtschaftlicher Verrechnung (bilanzierender Wirtschaftsführung). Der Betrieb soll gewinnstrebig arbeiten, und die Löhne sollen vom Endresultat der Produktion abhängen. Die Betriebe werden von der kleinteiligen Betreuung durch die Ministerien befreit; der Staatsplan soll die längerfristigen, strategischen Aufgaben bestimmen, während die kurzfristigen Aufgaben vom Betrieb selbständig geplant werden sollen. Betriebsdirektoren werden von der Generalversammlung der Belegschaft für fünf Jahre gewählt; die vorgesetzte Stelle (Ministerium, Staatskomitee, Sowjet) muss jedoch die Wahl bestätigen. Der von der Werktagenversammlung gewählte Werktagenrat vertritt die Belegschaft gegenüber der Direktion und höheren Organen.

Das Gesetz über die «gesellschaftliche Konsultation» sieht die «allvölkische Erörterung der wichtigsten Fragen des Staatslebens» vor (Art. 1). Solche Konsultation gibt es im Rahmen der Union, der territorialen Verwaltungseinheiten; ihr Resultat hat aber keinen bindenden, sondern nur einen konsultativen Charakter.

Das Gesetz über Beschwerden an das staatliche Gericht gegen rechtswidrige Entscheide staatlicher Organe ist in einigen Bruderstaaten (Polen, Ungarn) ebenfalls vorweggenommen. Es schliesst jedoch jegliche Beschwerde gegen Entscheide aus, welche mit der Landesverteidigung und Sicherheit des Staates verbunden sind. Weitere Gesetze befinden sich in der Phase der Vorbereitung oder Erarbeitung. Die wichtigsten sind: das vor rund sieben Jahren versprochene Pressegesetz, ferner die Änderung des Strafgesetzbuches, besonders des allgemeinen Teils und einiger Artikel über staatsfeindliche Delikte (besonders Agitation und Propaganda gegen das System). Trotz «gesellschaftlicher Konsultation» gibt es aber keine öffentliche Diskussion über die letzten zwei Entwürfe. Der Entwurf des Pressegesetzes wird ohne den geringsten Einbezug der Öffentlichkeit nur in journalistischen Kreisen erörtert; für die Öffentlichkeit wurde er nicht einmal in der Presse bekanntgegeben. Wahrscheinlich will man die durch geheime Verfügungen seit beinahe sieben Jahren funktionierende Zensur, die *geheimen* Listen der verbotenen Berichte, Namen, Ereignisse usw. der Bevölkerung nicht bekanntgeben.

Von Bedeutung ist noch der Beschluss des ZK der KPdSU und der Unionsregierung über die Grundrichtungen der Perestrojka in Hochschulen und mittleren Fachschulen vom Juni 1987. Er will vor allem Leitung und Verwaltung vereinfachen, entbürokratisieren; die die 896 Hochschulen und Universitäten leitenden 74 Ministerien der Union und der Unionsrepubliken sollen die einheitliche Unterrichtspolitik garantieren, periodische Attestierungen des Hochschulpersonals durchführen und ihren «Einfluss bei Wahl und Verteilung» von Professoren und Dozenten «erweitern». Hauptziel

ist die Verbindung von Unterricht, Forschung und Produktion.

★

Heute ist es noch schwer, die weitere Entwicklung vorauszusehen. Aufgrund der Presseberichte und der Äusserungen von führenden Funktionären kann man aber feststellen: Der Reformkurs stösst bei vielen Funktionären auf heimlichen Widerstand; die grosse Masse der *russischen* Bevölkerung – nicht aber jene der nationalen Minderheiten – scheint mit der Reformpolitik zufrieden zu sein.

Heute sieht man die Folgen der Reformpolitik in der Presse ganz klar: Die «Glasnost» kommt viel mehr zum Vorschein als vorher, und dies in erster Linie in den zentralen Zeitungen. Anstelle der seit Jahrzehnten praktizierten redaktionellen Leitartikel der «Prawda» sieht man heute auf der ersten Seite sehr oft Leserbriefe, in welchen meistens kritische Stimmen zu Wort kommen, die früher die Zensur unter keinen Umständen zugelassen hätte. Die bisherigen Auswirkungen des Reformkurses und die Erwartungen scheinen allerdings im Ausland grösser zu sein als in der Sowjetunion selbst. ■

Die nächste ZeitBild-Nummer wird sich mit den verschiedenen Aspekten der sowjetischen Gegebenheiten 70 Jahre nach der Oktoberrevolution befassen.

Bestellschein für ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6

20/87

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration —
Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—